

Pulsnitzer Tageblatt

Bernsprücher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moffe's Reilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großröhrsdorf, Brettau, Hauswade, Dyrn, Oberhetma, Niederhetma, Weißbach, Ober- und
Niederlitzschau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 124

Montag, den 30. Mai 1927

79. Jahrgang

Das Wichtigste

Der englische Ministerpräsident erklärte in einer neuen Rede zum Bruch
mit Russland, daß die Handelsbeziehungen weiter bestehen bleiben.
Der russische Außenminister Tschitscherin wird Anfang Juni in Ber-
lin erwartet.

Polnische Wunden überfielen einen Rattowitzer deutschen Turnverein
auf offener Straße.

In Leipzig wurde die internationale Buchstamenausstellung eröffnet.
Der im Tarifkampf der sächsischen Bergarbeiter gefällte Schiedspruch
ist vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

In der vergangenen Nacht wurden die Fenstercheiben des britischen Kon-
sulates in Paris eingeworfen. Nach den Uebeltätern, die wohl
Kommunisten sein dürften, wird polizeilich gefahndet.

Havas meldet aus Teheran, daß das persische Kabinett zurückgetreten ist.
Wie aus Washington gemeldet wird, werden die Vereinigten Staaten
nach Informationen von autoritativer Seite auf der bevorstehenden
Abfertigungskonferenz der drei Seemächte einen Vorschlag für eine
endgültige Begrenzung der Flottenjahren unterbreiten.

Reichspräsident von Hindenburg hat gestern mittag mit dem fahrplan-
mäßigen Hamburger D-Zug seine Reise nach der Nordmark ange-
treten.

Der Haushaltsplan des französischen Marineministeriums für 1928 sieht
an Ausgaben für die Flotte 2550 Millionen Franken vor,
d. h. die bei weitem höchste Ziffer seit dem Weltkrieg.

Zu den Meldungen über einen Erdbebenherd in Westchina wird aus
Moskau gemeldet, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, sofort
eine Kommission nach Westchina zu senden, da die Gefahr eines
Erdbebens auch für das russische Gebiet Turkestan existiert.

Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung mit dem Ergebnis
der Reise Tschitscherins nach Paris vollkommen zufrieden ist. Tschit-
scherin wird am 12. Juni in Moskau erwartet, wo er einen großen
Vortrag über die politische Lage der Sowjetunion halten wird.

Der englisch-russische Streit.

Nach allen aus Moskau vorliegenden Meldungen, die
gewiß die Wahrheit sagen, haben die Kommissare nach den
Erfahrungen des russisch-polnischen Krieges alles getan, um
das russische Heerwesen zu reorganisieren, aber ihre Ar-
beiten sind keinesfalls abgeschlossen, und sie werden auch vor
zwei Jahren nicht beendet sein. Wenn „Krasnaja Swesda“,
der Rote Stern, das offizielle Organ der roten Armee,
einen Artikel mit der Überschrift bringt, „Die rote Armee
steht auf der Wacht“, so kann das lediglich bedeuten, daß
das russische Heer, das stets vorbildlich vaterlandsliebend
gewesen ist, auch dieses Mal für den Schutz der heimischen
Grenzen mit Gut und Blut eintreten würde. Nicht so
günstig scheint die Lage der russischen Flotte zu sein. Die
Bolschewisten verjagen, im Ausland Kommunisten als Ma-
retrosen zu werben. Die Russen selbst sind nie eine see-
fahrende Nation gewesen. Die Marine rekrutierte sich vor
dem Weltkrieg vornehmlich aus den Ostseeprovinzen, die
heute nicht mehr zur Räterepublik gehören.

In England betrachtet man die Dinge natürlich um-
gekehrt. Auch in Großbritannien weiß man, daß der Russe
noch einen Zeitraum von zwei Jahren gebraucht, bis er im
Vollbesitz seiner militärischen Machtmittel ist. Wir wollen
nun nicht sagen, daß die englischen Staatsmänner bewußt
auf den Krieg hinarbeiten, aber ihr Verhalten ist bei aller
Verschleierung doch bezeichnend genug. Man reizt Russland,
Schon als der Einbruch in die Räume russischer exterritori-
aler Vertretungen in China erfolgte, erwartete man, daß
die Räterepublik zu schärferen Maßnahmen greifen würde.
Trotzdem kam aus Moskau keine Drohung. Die Vorgänge
in England hätten vor dem Weltkrieg bestimmt zu einem
bewaffneten Zusammenstoß der Großmächte geführt. In
Moskau lehnte man das ab. Wie stark dabei trotzdem die
russischen Besorgnisse sind, kann man daraus ersehen, daß
der Befehl gegeben wurde, die Festung Kronstadt in kriegs-
mäßigen Zustand zu setzen. Wenn man Licht und Schatten
verteilt, kann man als Außenstehender gewiß den englischen
Standpunkt verstehen. Die Bolschewisten haben nicht nur
in Indien und China, in Afghanistan und Persien und wo
immer sie konnten, gegen Großbritannien in der Erkenntnis
agitiert, daß dieser Staat ihr schärfster Feind sei, sie haben
durch die Unterstützung des englischen Kohlenarbeiterstreiks
auch so stark in das englische Wirtschaftsleben eingegriffen,
daß sich London lebhaft bedroht fühlte.

Die geschilderten Vorgänge würden weniger be-
unruhigend sein, wenn man sicher wäre, daß die zwistig-
keiten nicht auch andere Nationen berühren müßten. Gerade
die Lage Deutschlands ist außerordentlich schwierig. Deutsch-
land ist durch die Verträge von Locarno, durch den Eintritt
in den Völkerbund an die Geschichte der Westmächte gebunden.
Es hat aber auch versucht, in Kapallo, in Berlin, Fühlung
mit Russland zu bekommen, immer aus dem Bestreben
heraus, als entwaffnetes Volk unbedingte Neutralität zu
wahren. Nun sehen die Russen in Deutschland eine be-
freundete Nation, und sie sind mit Forderungen an Deutsch-

Die Russen boykottieren England

Die Antwort der russischen Regierung an Großbritannien — Nationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterschaft

☞ Moskau. Infolge des Abbruchs der englisch-
russischen Beziehungen ist die Schifffahrt zwischen Petersburg
und London bereits vollkommen eingestellt worden. Nach
einer Moskauer Meldung hat der Schifffahrtsstrukt die russi-
schen Schiffe aufgefordert, alle englischen Schiffe und Häfen
zu boykottieren. Das russische Schiff „Gercen“, das sich zur
Zeit der Erklärung Baldwin unterwegs nach London be-
fand, ist nach Hamburg umgeleitet worden.

In Kanada hat die Sowjetvertretung die Antwort
des Appells, den der Sowjetvertreter in Ottawa an den
Premierminister von Kanada gerichtet hatte, nicht abge-
wartet, sondern Auftrag gegeben, die Sowjetagentur in
Kanada zu schließen.

In Buenos Aires hat die Polizei eine Hausdurchsuchung bei
den Kommunisten abgehalten, deren Namen im Londoner
Weißbuch verzeichnet sind. Eine Anzahl der Kommunisten
hat ihre Wohnorte bereits geändert. Bei anderen wurden
Brotschüre und in einem Falle 16 Briefe gefunden, deren
Inhalt noch nicht bekanntgegeben wird.

Der englische Ministerpräsident lenkt ein

Jede Handelstätigkeit wird weiter begrüßt.

☞ London. In einer Ansprache vor einer konservativen
Parteiversammlung erklärte Ministerpräsident Baldwin
zum Abbruch der englisch-russischen Beziehungen, dieser Ab-
bruch bedeute keinesfalls den Krieg mit
Russland. Er bedeute lediglich, daß England nicht be-
absichtige, in Zukunft noch politische Beziehungen zu Sowjet-
rußland aufrechtzuerhalten. Es werde jede Handels-
tätigkeit, die sich in den legalen Grenzen halte, jeder-
zeit begrüßt werden. Der russisch-englische Handel
werde sich in Zukunft derselben Erleichterungen bedienen
können, die andere Organisationen anderer Länder genießen,
nicht mehr, aber auch nicht weniger. Was in diesen Tagen
geant sei, hätte lediglich den Zweck, die „Arcos“ und die
Handelsdelegation der besonderen Vorrechte zu entkleiden,
die von ihnen in so außerordentlich bedauerlicher Weise miß-
braucht worden seien.

Die Antwort der russischen Regierung an Großbritannien.

Moskau. Die Regierung hat dem englischen Geschäfts-
träger Peters folgende, von Litwinow unterzeichnete Ant-
wortnote überreichen lassen: Die Sowjetregierung hat von
dem Inhalt der dem Sowjet-Geschäftsträger Rosengolz zu-
gestellten Note Kenntnis genommen. Die Völker der Sowjet-
union und ihre Regierung hegen keine Feindschaft gegen die
Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und
freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten. Die
britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen

Land herangeraten, die jedenfalls die deutsche Außenpolitik
belasten. Sie wünschen, daß die Arcos-Gesellschaft, das
heißt, daß die Gesellschaft, die bisher in England wirtschaft-
lich im russischen Interesse tätig war, ihr Abwicklungs-
geschäft nach Berlin und Hamburg verlegt. Da Groß-
britannien den legalen Handel mit Russland nicht verboten
hat, könnte die Gesellschaft zwar in England bleiben. Man
kann es den Russen aber nachempfinden, daß sie nach dem
vorhergegangenen Eindringen der englischen Polizei in die
Räume der Gesellschaft so schnell als möglich den Londoner
Boden verlassen möchten. Wir können den Russen schwer
ihren Wunsch abschlagen, wissen aber nicht, wie man in
London ein solches deutsches Entgegenkommen aufnehmen
wird. Ähnlich liegen die Dinge bei der Vertretung der
russischen Staatsbürger, die in England bleiben, durch unsere
Dononer Bottschaft. Wenn Deutschland die Wahrnehmung
der russischen Interessen in England übernimmt, wie es der
Sowjetischer Kreis im Auswärtigen Amt angeregt hat,
so ist das außenpolitisch eigentlich nur erträglich, wenn sich
England mit der gleichen Bitte an Deutschland wendet und
die Briten in Russland durch unsere Moskauer Bottschaft
schützen lassen. Die unfreundliche Haltung, die London
Deutschland gegenüber eingenommen hat, läßt nicht ver-
muten, daß wir auch nur in irgendeiner Weise auf englisches
Entgegenkommen rechnen können. Seit dem Friedensschluß
von Versailles hat man uns in London unfreundlich be-
handelt, wenn man nicht versuchte, uns für die englischen
Nähe auszunutzen.

das System der Gewalttätigkeit und der Feindschaft vor.
Die Sowjetregierung nimmt von diesem Akt in der vollen
Ueberzeugung Kenntnis, daß er nicht allein von den wert-
tätigen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen
der ganzen Welt verurteilt werden wird.

Tschitscherin kommt nach Berlin

Surzeit in Frankfurt am Main.

☞ Der russische Kommissar für Auswärtige Angelegen-
heiten, Tschitscherin, ist, von Paris kommend, in
Frankfurt am Main eingetroffen, um ärztlichen Rat in An-
spruch zu nehmen. Von Frankfurt am Main wird Tschit-
scherin über Berlin nach Moskau zurückkehren. Er wird für
die ersten Tage des Juni in Berlin erwartet. Man rechnet
mit einer Besprechung Tschitscherins mit dem Außenminister
und dem Reichskanzler.

Nach dem Bruch zwischen Rußland und England haben
auch in Berlin diplomatische Besprechungen stattgefunden,
aus denen man offenbar in den beteiligten Kreisen zunächst
die Auffassung gewonnen hat, daß der Konflikt nach außen
hin sich nicht auf andere Staaten ausdehnen wird.

Nationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterschaft.

Erfurt. Reichsverkehrsminister Dr. h. e. Koch sprach
auf der Tagung des Gesamtverbandes Evangelischer
Arbeitervereine über das Thema „Nationalisierung der Wirt-
schaft und die Arbeiterschaft“. Die Nationalisierung ist nichts
weiter als ein Ausfluß der Wirtschaftsnöte der Nachkriegs-
zeit und der Versuch, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu
überwinden.

Der Redner stellte fest, daß sich die Verhältnisse seit der
katastrophalen Verschlechterung der Wirtschaftslage im Herbst
1925 gebessert haben, daß diese Besserung aber nur eine rela-
tive ist und der Atem der deutschen Wirtschaft noch immer
sehr kurz geht. Da die Nationalisierung unter den gegebenen
Verhältnissen zur Folge hat, daß ständig ein Teil der deut-
schen Arbeiterschaft ohne Arbeit sein muß, hat
der Staat die Pflicht,

für den Unterhalt der ohne ihr Verschulden beschäftigungs-
losen Arbeitnehmer Sorge zu treffen. Die Reichsregie-
rung hat im Bewußtsein dieser Verpflichtung dem Reichstage
den Entwurf eines Gesetzes über Arbeitslosigkeit vorgelegt,
der nach Möglichkeit so frühzeitig verabschiedet werden soll,
daß die Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober d. Js. in
Kraft treten kann.

Wenn die Gefahren der Nationalisierung für die Arbeiter-
schaft wirklich überwunden werden sollen, kann allerdings
Sozialpolitik allein nicht helfen. Es ist erforderlich ein Ar-
beiten der Werttätigen an sich selbst, ein Streben nach der
Ertragung von Persönlichkeitswerten. Hier liegt das weite
und hochbedeutende Betätigungsfeld der evangelischen Ar-
beitervereine.

Jedenfalls läßt sich bei einem allgemeinen Ueberblick
über die politische Lage sagen, daß jeder Schritt unseres
Auswärtigen Amtes aufs sorgfältigste erwogen werden muß.
Wenn es infolge der zugespitzten Lage zu einem ernstern
Zerwürfnis zwischen Moskau und London kommen sollte,
muß Deutschland zum mindesten versuchen, unser schwe-
geprüftes Volk aus dem Streit herauszuhalten, um den
weiteren wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nicht
zu unterbinden. Sp.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

— (Erhöhung der Krankenversicherungs-
Pflichtgrenze für Angestellte beantragt) Der
Gewerkschaftsbund der Angestellten beantragt in einer an das
Reichsarbeitsministerium gerichteten Denkschrift die Angleichung
der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte bei der Kranken-
versicherung an diejenige, die bei der Angestelltenversicherung
bereits seit längerer Zeit Gültigkeit hat. Er begründet seine
Forderung damit, daß die jetzige Grenze von 2700 Mark
Jahreseinkommen lediglich einer Friedensgrenze von etwa
1800 Mark entspricht und keinesfalls den veränderten Ver-
hältnissen Rechnung trüge. Er weist darauf hin, daß neben
der Angestelltenversicherung auch die Arbeitslosenversicherung
(Erwerbslosenfürsorge) Einkommen bis zu 500 Mark monat-

